

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 69 (1990)
Heft: 5-6

Artikel: Der Umbau der Gesellschaft
Autor: Bodenmann, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340841>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Umbau der Gesellschaft

Ende April ist am Parteitag in Basel Peter Bodenmann als Nachfolger von Helmut Hubacher zum Präsidenten der SPS gewählt worden. Nach seiner Wahl hat er programmatisch zur Zukunft der SPS, zu ihrem Arbeitsprogramm, zu ihrer Stellung innerhalb der schweizerischen Konkordanzdemokratie Stellung genommen. Wir dokumentieren seine Ausführungen in leicht gekürzter Fassung. Titel und Zwischentitel stammen von der Redaktion.

Von Peter Bodenmann
Präsident der SPS

Als einzige Bundesratspartei hängt die SPS finanziell nicht an der Nadel der Grossfinanz. Wir kämpfen mit bescheidenen Mitteln. Das Budget der SP Schweiz liegt nicht höher als Verzinsung, Amortisation und Unterhalt eines Leopard-Panzers. Unsere Abstimmungskämpfe werden nicht durch die geheimen Kassen der Banken, Versicherungen und Multis gespiesen.

Politik ist bis zu einem gewissen Grad käuflich. Vieles spricht leider dafür, dass wir in den kommenden Jahren – wenn bei der Parteienfinanzierung kein Durchbruch gelingt – weiterhin mit lächerlich wenig Geld auskommen müssen. Und dies in einer Welt, in einem Europa, dessen gesellschaftliche und politische Probleme immer komplexer werden.

Gemeinsam mit der Fraktion, stellen sich der Partei unter anderen folgende Aufgaben:

- Der administrative Aufwand muss durch Einsatz modernster Technologien gesenkt werden.
- Fachsekretärinnen und Fachsekretäre müssen für Partei und Fraktion kompetent die zentralen politischen Dossiers betreuen.
- Wir verfügen in der Partei und deren Umfeld über viel Fachverstand. Wir müssen diese Expertinnen und Experten zur Formulierung unserer Politik beiziehen. Eine komplexer werdende Welt bedarf der Mitarbeit dieses sachpolitischen Hausverstandes. Nur so können wir rechtzeitig die sich mittel- und langfristig stellenden Probleme erkennen und nach politischen Antworten suchen.
- Parallel dazu muss die Partei ihre Dienstleistungen gegenüber den Mitgliedern verbessern: Eine attraktive Mitgliederzeitung ist ein notwendiger Baustein in diesem Konzept.
- Die Partei muss ihren Beitrag leisten, damit die «AZ»-Presse gestärkt wird und wir früher oder später, gemeinsam mit allen fortschrittlichen Kräften in diesem Land, über ein eigenes Massenblatt verfügen, welches soziale und ökologische Schwerpunkte setzt. Medienpräsenz ist notwendig, eigene Medien in Zeiten des Umbruchs sind aber oft entscheidender.
- Der Mitgliederschwund in der Partei scheint gestoppt. Trotzdem werden wir es in Zukunft oft mit Sympathisanten zu tun haben, welche uns mal gut und mal weniger gut gesinnt sind. Wir

müssen ihren Bedürfnissen Rechnung tragen.

- Tausende von Mitgliedern unserer Partei sitzen in Exekutiven und Kommissionen. Sie erhalten wenig bis keine Anregungen von der Partei. Isolierung und Überforderung fördern nicht selten Anpassung an die politische Mehrheit. Rechtzeitige Aus- und Weiterbildung, regelmässig gegenseitige Information scheint mir dringend notwendig. Zusammen mit Gewerkschaften und Umweltschutzorganisationen müssen wir die Bildung aller politisch Interessierten fördern. Politik ist eben auch Handwerk, das Frau und Mann lernen kann.

In der Schweiz sitzen alle starken Parteien in der Regierung. Dort werden die Kompromisse gemacht. Entscheidend ist die Frage: «Wie stark sind wir?» Gemeinsam mit anderen Parteien, Gewerkschaften, Umwelt- und Bürgerbewegungen müssen wir versuchen, in Einzelfragen politische Durchbrüche zu schaffen. Die Partei muss ihre Fähigkeit, Referenden und Initiativen zu ergreifen und zu gewinnen, verbessern. Gleichzeitig brauchen wir 1991 wieder mehr als 20 Prozent der Stimmen. Wer in der Schweiz eine Mehrheit für Reformen sucht, darf selber nicht bei jeder nationalen Wahl Stimmen verlieren.

Opposition und Konsens

Die SP ist sowohl Oppositions- wie Regierungspartei. Dies muss politisch kein Nachteil sein. Im Gegenteil: In den letzten zweieinhalb Jahren hat die Fraktion in Bern einen klareren Kurs gefahren, als etwa die Grünen, und trotzdem war die Position unserer Bundesräte so stark wie selten zuvor. Die Partei muss offen und deutlich sagen, was sie will. Die

Kompromisse im Bundesrat spiegeln das Kräfteverhältnis in der politischen Landschaft. In einer offenen Gesellschaft ist – wie dies die Zürcher Stadträtin Ursula Koch wiederholt und mit Erfolg betont hat – die Fiktion des bisherigen Konsens- und Kollegialitätsprinzips nicht aufrecht zu erhalten. Schönstes Beispiel: Die Zürcher FDP erlitt, zusammen mit den übrigen bürgerlichen Formationen, in der grössten Stadt der Schweiz eine politische Niederlage. Nach dieser Wahl hielten die Verantwortlichen des Freisinns fest: Die Mehrheiten seien für die nächsten Jahre klar, jetzt könne der Freisinn endlich klare Oppositionspolitik machen. Und dies, obwohl eben dieser Freisinn nach wie vor in der Exekutive vertreten ist.

In europäischen Ländern beträgt der Stimmenanteil der linken und grünen Parteien in der Regel zwischen 40 und 60 Prozent der Stimmen.

In der Schweiz stieg dieses Potential zwischen 1967 und 1989 von bloss 26,4 auf nur gerade 28,7 Prozent der Stimmen. Und innerhalb dieses rot-grünen Kuchens wurde unser Anteil leider kleiner.

Dieser Umstand ist auf die Dauer nicht partei- und europaverträglich. Die parteipolitischen Strukturen der Schweiz von heute datieren aus der Zeit der Jahrhundertwende. Wir müssen sie aufbrechen, müssen erreichen, dass der Bogen links der Mitte seine 35 bis 40 Prozent der Stimmen erreicht und dass die Politik dieses Bogens durch eine starke, zukunftsgerichtete und selbstbewusste SP Schweiz geprägt wird.

Dies ist um so wichtiger, als dass es 1991 links von uns keine national nennenswerte Kraft mehr gibt, als dass die Grünen der schweizerischen Politik zurzeit wenig wesentliche neue Impulse vermitteln und

der Landesring etwas müde im politischen Ring steht. Viele Bewegte in diesem Land werden sich ernsthaft überlegen müssen, ob sie in den nächsten Jahren nicht im Interesse der Sache in unseren Reihen politisieren wollen.

Wir brauchen eine offensive Politik der SP. Wir wollen nicht weniger, sondern mehr Wählerinnen und Wähler. Wir wollen keinen Rückzug aus dem Bundesrat, sondern eine stärkere SP im Bundeshaus und im Bundesrat. Jene, welche uns auch im Vorfeld dieses Parteitages den Auszug empfohlen haben, mögen aufpassen, dass sie nicht selber plötzlich in der kalten Zugluft sitzen.

Reformpolitik als Chance

Der Kapitalismus ist weltweit so vital wie nie zuvor. Eine grundsätzliche Veränderung der Gesellschaft steht bis auf weiteres nicht auf der Tagesordnung. Der Grund: Es gibt – und das mögen Frau und Mann bedauern – zurzeit kein anderes Gesellschaftskonzept, das überzeugt und mit Aussicht auf Erfolg mobilisiert. Wer sich dieser Erkenntnis verschliesst, verkennt die Chancen, welche sich für Reformen innerhalb dieses Systems auftun. Der kalte Krieg ist aus. Die alten Feindbilder zerbröckeln. Die Gesellschaften des Westens müssen sich wieder ihren eigenen Problemen zuwenden.

Das ist für eine Partei mit einer grossen linken Tradition nicht einfach: Die postfordistische Gesellschaft fächert die Klassen und Schichten immer breiter auf. Wir haben zunehmend weniger klassische Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter. Lebensweisen, Ziel- und Wertvorstellungen driften auseinander. Was bedeutet dies für eine Partei wie die SP? Die Bandbreite mög-

licher Reformen ist weit grösser, als dies viele zugestehen wollen. Die Arbeit an und für Reformen öffnet vielleicht auch den Weg zum Konzept eines offenen, demokratischen Sozialismus auch im Bereich der alles entscheidenden Wirtschaft.

Die Stärke der Vielfalt

Wir haben in dieser Partei vier verschiedene Sprachen, unterschiedliche politische Auffassungen, von der Landschaft und der Erfahrung geprägte politische Denk- und Verhaltensweisen. Es gibt sowenig *die* Schweiz wie es *die* SP oder *das* SP-Mitglied gibt. Diese Vielfalt kann auch eine Stärke sein, wenn wir sie als Reichtum empfinden und mit ihr gegenseitig lernend umgehen. Dies bedeutet auch Verständnis und Toleranz gegenüber den Minderheiten in der Partei.

Und trotzdem müssen wir versuchen, in den grossen politischen Fragen der Zukunft klare Antworten zu geben. Es ist unsere Aufgabe, politisch jene Möglichkeiten zu suchen, welche politischen Fortschritt möglich machen. Der Weg führt über die zentralen Themen.

Wir wollen den sozialen, demokratischen und ökologischen Umbau der Industriegesellschaften:

- Die Schweiz ist das Land der Kartelle und der verstaubten Aktienrechtsbestimmungen. Wir sind dort – wo der Markt effizient Probleme löst – für mehr Marktwirtschaft. Der Weg zur weitgehenden Abschaffung der ineffizienten Wirtschaftsbürokratie im staatlichen, parastaatlichen und wirtschaftlichen Bereich bedarf unter anderem einer EG-konformen Kartellgesetzgebung, starker Gewerkschaften und mehr gewerkschaftlicher Rechte.

- Bestandteil der künftigen Marktwirtschaft muss eine aussenhandelsneutrale, sozial- und regionalverträgliche Ressourcensteuer sein. Der Markt tickt nur richtig, wenn die Verschmutzung der Umwelt endlich ihren Preis hat.

- Die private Aneignung der Bodenrente ist ein Relikt des Feudalismus. Die Öffentlichkeit schafft über Einzonung den Mehrwert des Bodens. Wir müssen die Explosion der Bodenpreise in den Griff bekommen und die Mehrwerte jener Allgemeinheit zukommen lassen, die sie geschaffen hat.

- Wir müssen die Frage nach der Verfügungsgewalt an den Produktionsmitteln wieder stellen. Der naheliegende Ansatzpunkt: Jährlich sparen die Lohnabhängigen im Rahmen der 2. Säule rund 20 Milliarden Franken. Sie müssen in Zukunft darüber entscheiden, wo dieses Geld investiert, was mit diesem Geld produziert und wie es verteilt wird.

Verschärfung der sozialen Frage

Im Rahmen dieses notwendigen sozialen und ökologischen Umbaus unserer Gesellschaft stellt sich bereits heute verschärft die soziale Frage:

- Seit acht Jahren boomt die Wirtschaft. Banken, Versicherungen und Multis wissen nicht mehr, wo sie ihre Gewinne verstecken sollen. Umgekehrt haben die Einkommen der Arbeitenden in diesen Jahren real nur unwesentlich zugenommen. Dieser Prozess der ungleichen Verteilung der Einkommen und Vermögen wird auf dem Hintergrund der laufenden Inflation und steigenden Zinsen verschärft.

Traurigster Beweis: In der reichen Schweiz lebt eine halbe Million Menschen in Armut. Der wirtschaftliche Fortschritt lässt sie links liegen. Die Frage ist: «Wie lange noch?»

Zwei zentrale Forderungen stehen im Raum:

- Unser System der Altersversorgung bedarf der Revision. Der Parteitag hat die entsprechenden Schritte beschlossen.
- Nicht weniger dringlich ist der Umbau des Gesundheitswesens. Die ständig steigenden Krankenkassenprämien werden immer unerträglicher. Unsere hinterlegte Krankenkassen-Initiative ist ein notwendiger Baustein zur Reform.

Die finanziellen Mittel für vermehrte Leistungen des Staates im sozialen Bereich sind vorhanden, wenn es uns gelingt, in den nächsten Jahren – gegen den erklärten Willen der bürgerlichen Parteien – eine eigentliche Abrüstungspolitik durchzusetzen.

Die SP als Abrüstungspartei

Verteidigungsminister der DDR ist der Dienstverweigerer und Bausoldat Eppelmann. Sein Ministerium nennt sich nicht mehr Verteidigungsministerium, sondern neu «Ministerium für Abrüstung und Verteidigung». Die neue Reihenfolge: zuerst Abrüstung und dann Verteidigung. Der Warschauer Pakt zerfällt. Vier Länder haben sich faktisch aus dem Ostblock bereits verabschiedet. Anders ist die politische Wetterlage in der Schweiz:

- Wir geben – alles in allem – rund 10 Milliarden Franken für die Landesverteidigung aus. Das ist –

auf das Bruttoinlandprodukt bezogen – dreimal soviel wie Japan.

- Wir steigern, als praktisch einziges Land auf der Welt, unsere Ausgaben für die militärische Landesverteidigung real.

Zwei konkrete Vorhaben spiegeln und polarisieren die Aufrüstungspolitik der Schweiz:

- Die bürgerlichen Parteien wollen nach wie vor neue Kampfflugzeuge vom Typ F-18 kaufen. Jede Maschine wird beim Kauf alles in allem mehr als 100 Millionen Franken kosten. Dazu kommen jährliche Unterhaltskosten pro Maschine von 10 Millionen Franken.
- Das EMD versprach im Vorfeld der Rothenthurm-Initiative, jetzt sei Schluss mit dem Bau von neuen Waffenplätzen. Raupentraxen zerstören zurzeit die Hochebene von Neucheln-Anschwilen. Der Protest der jungen Generation gewinnt in der Ostschweiz an Boden.

Die SP wird in den nächsten Jahren die Partei der Abrüstung, der Friedenspolitik sein. Dies ist unser Thema. Den Landesring und die Grünen sind – wenn wir etwa an den Waffenplatz Neucheln-Anschwilen denken – zwar mit etwas Verspätung, aber um so deutlicher ins Bündnis einbezogen.

Die Schweiz und Europa

Der «Sonderfall Schweiz» kommt in seine alten Tage. Früher oder später werden wir Mitglied einer erweiterten EG sein. Das ist kein Programm, sondern eine realistische Einschätzung der laufenden Entwicklungen. Es sei denn, wir wollen im Zentrum

von Europa Hongkong spielen: rechtsfremder und rechtsfreier Raum für Geschäfte aller Art. Das kann keine Perspektive für die demokratische Linke in der Schweiz sein.

Wir sind bereits heute, pro Kopf, stärker als jedes andere Land, stärker als selbst die Mitgliedsländer, wirtschaftlich in diesen EG-Raum eingebunden. Jene, welche – wie die Grünen – sich gegen die EG stemmen, nehmen einerseits unsere wirtschaftlichen Realitäten nur unscharf wahr und unterschätzen andererseits den ökologische und soziale Dynamik, welche Europa in den nächsten Jahren entwickeln und durchleben wird.

Ein Beitritt der Schweiz heute würde uns in vielen Feldern der Politik vor schwer lösbare Probleme stellen. Denken wir an die – vorab auch in touristischen Regionen – erhöhte Nachfrage nach Boden, die Auswirkungen für die Landwirtschaft, die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte, an den Transitverkehr.

Wir müssen die Schweiz umbauen, wir müssen soziale und ökologische Reformen durchsetzen, welche einerseits eurokompatibel sind und andererseits im Rahmen eines sich abzeichnenden Integrationsprozesses eine Reformdynamik entwickeln: schweizerisch, europaweit und, wenn möglich, irreversibel.

Konkreter: Der Integrationsprozess ruft nach einem neuen Bodenrecht, welches es allen Wohnansässigen ermöglicht, zu vernünftigen Preisen eigene vier Wände zu erwerben oder zu mieten.

Konkreter: Wir wollen in Zukunft keine landwirtschaftliche Überproduktion finanzieren, welche den Boden und das Wasser verdrückt. Die indirekten Subventionen über

erhöhte Preise und Einfuhrkontingente, welche vorab «Mercedes»-Bauern und die Verwertungsbürokraten mästen, müssen ein Ende haben. Statt dessen Direktzahlungen an jene kleinen und mittleren Bauern, welche zum Boden Sorge tragen, schwierige Lagen bewirtschaften, biologisch einwandfreie Produkte auf den Markt bringen.

Konkreter: Die Güter gehören in Europa auf die Bahn. Die Alpen sind der Schwachpunkt für das Europa der Lastwagen. Gemeinsam mit Österreich, müssen wir in einem ersten Schritt den Transitverkehr auf die Schienen zwingen. Die Menschen in Europa werden folgen. Zentral ist die Frage: «Wie werden künftig im Osten die Güter transportiert?» Wir müssten als Schweiz in unserem Interesse in den Aufbau und die Erneuerung der Schieneninfrastruktur im Osten investieren.

Konkreter: Europa fördert vermutlich eine gleichmässige Entwicklung aller Regionen. Der Hunger der Schweiz nach ausländischen Arbeitskräften wird tendenziell abnehmen. Das Saisonnierstatut wird einen Integrationsprozess nicht überleben. Das ist erfreulich. Um so wichtiger ist es, dass jene Million ausländischer Arbeitskräfte, welche bei uns arbeitet und lebt, politisch aktiver Bestandteil unserer Demokratie wird.

Wir müssen die Schweiz, wir müssen unser Zimmer politisch nicht nur neu tapezieren, sondern umbauen, damit wir im Haus Europa Platz haben. Europa muss und wird sich nicht der Schweiz und ihren Extrawünschen anpassen. Die Schweiz muss mit zukunftsgerichteten Reformen nicht nur beitragsfähig werden, sondern im Rahmen ihres Beitrittes einen Beitrag zur Beschleunigung der ökologischen und sozialen Dynamik eines sich vereinigen Europa leisten.

Der Umweg über den Beitritt in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ist nur denkbar, wenn die Abschaffung des Saisonierstatus genauso Bestandteil des Paketes bildet wie die Übernahme der EG-Sozialrechte.

Keine andere Partei ist in Europa so stark verankert wie die sozialdemokratische und sozialistische Linke. Keine andere Partei der Schweiz verfügt über besser verankerte Schwester- und Bruderparteien. Wir werden diese Karte spielen: im Interesse des sozialen und ökologischen Fortschritts, im Interesse der Arbeitenden und Bewegten.

Der Internationalismus stand immer wieder auf den Fahnen linker Parteien und Bewegungen. Die konkrete Politik vor Ort war – wie uns die Geschichte schmerzhaft lehrt – oft geprägt durch nationalistische Tendenzen. Vielleicht liegt es auch daran, dass wir als Linke zu nationalen Fragen oft ein gebrochenes Verhältnis hatten.

Die Welt wird zu einem Dorf. Die zentralen Probleme der Zukunft kann dieses Dorf nur gemeinsam lösen.

- Für den Treibhauseffekt sind in erster Linie die entwickelten Industrieländer – allen voran Amerika – verantwortlich.
- Für das Ozonloch zeichnen ebenfalls wir in den entwickelten Industrieländern verantwortlich und niemand sonst.

Die Menschen in der Dritten Welt sind zwei Drittel der Welt. Das vergessen wir leider nur zu oft. Sie werden am meisten unter einer sich abzeichnenden Klimakatastrophe zu leiden haben. Diese Länder sind zudem bis zum Hals verschuldet. Sie liefern mehr Geld in die Zentren ab,

als sie aus diesen Ländern erneut erhalten. Ständig steigende Zinsen treiben diese Spirale an, die wir scheinheilig mit etwas Entwicklungshilfe zu bremsen versuchen.

Zentral scheinen mir zwei Punkte:

- Ronald Reagan hat Amerika mit seinem Rüstungswahn auf Pump in die Schulden getrieben. Die Vereinigten Staaten sind heute der grösste Schuldner dieser Welt. Der jährlich neue Kapitalbedarf treibt die Zinsen auch – und gerade für die Dritte Welt – in die Höhe. Amerika muss abrüsten, damit die Welt finanziell wieder ins Gleichgewicht kommt.
- Die Banken haben Gelder in die Dritte Welt gepumpt. Diese Gelder wurden lange, zu lange und zu gut verzinst. Heute müssen wir diese Banken dazu zwingen, nicht nur diese Schulden intern auf Null abzuschreiben, sondern diesen Abschreiber auch als öffentlich eingestandenem Schuldenerlass wirksam werden zu lassen.

Vermutlich müssen wir diese Länder mit unseren Zinsforderungen und Entwicklungsvorstellungen vermehrt in Ruhe lassen, damit sie ihre eigenen Wege suchen und finden können.

Staatskrise schnell bewältigen

Stecken wir in einer Staatskrise? Über 350 000 Schweizerinnen und Schweizer haben einen Brief nach Bern geschickt, die meisten von ihnen sicherheitshalber gleich eingeschrieben. Sie wollen Einsicht in ihre Fichen. Unnötige Ablenkung von wichtigeren Themen oder – wie

Wolf Linder es sieht – die Stunde 1 der Schweizer Demokratie?

Die Linke liess sich in der Schweiz lange Zeit durch den Freisinn in die Ecke drängen. «Weniger Staat und mehr Freiheit» war die Parole jener Partei, die den Staat und seine Pfründen wie den eigenen Hinterhof kontrolliert. Der kalte Krieg ist aus. Der Rechten fehlt bis auf weiteres das «böse» Moskau. Sie überlässt die Verteidigung der individuellen Freiheiten auf dem Gebiete der Politik zur Zeit uns. Wir können und müssen diese Chance nützen. Das Thema einer offenen Gesellschaft, einer offenen Schweiz muss unser Thema werden. Dabei dürfen wir unsere eigenen Fehler nicht ausblenden, sondern müssen aus ihnen lernen.

Die Initiative «S.o.S. – Schweiz ohne Schnüffelpolizei» ist lanciert. Wir wollen bis spätestens zum 1. August dieses Volksbegehren hinterlegt haben. Nach der Einreichung dieses Initiative müssen wir politisch den Spiess umdrehen und die umgehende Abstimmung entweder über ein Staatsschutzgesetz oder die Initiative fordern. Denn erstens darf es eine politische Polizei ohne gesetzliche Grundlage nicht geben, und zweitens können wir – angesichts wichtiger Fragen wie Europa – nicht Jahre damit verbringen, über diese politische Partei zu streiten. Das Thema ist bekannt, das Volk soll entscheiden. Und zwar vor Ende 1991.

Ein 1991, aus dem wir hoffentlich politisch gestärkt hervorgehen werden. Ich werde mich bemühen, meinen bescheidenen Anteil an der notwendigen Arbeit zu leisten, damit die Schweiz offener, solidarischer und ökologischer wird. Gemeinsam schaffen wir mehr, als wir uns oft zutrauen. In diesem Sinne danke ich für das geschenkte Vertrauen und hoffe, dass ich es rechtfertigen werde.